

AGF EuropaNews

Aktuelles zur Familienpolitik aus Europa – Juli 2023

Inhalt

Nachrichten aus den EU-Institutionen	1
Rat der EU: Spanischer Vorsitz	1
EU-Kommission: Koordinator:innen für die Langzeitpflege nehmen ihre Arbeit auf	1
EU-Kommission & WHO: Partnerschaft für bessere Langzeitpflege	1
EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu integrierten Systemen im Kinderschutz	1
EU-Kommission: „Accessible EU“ vorgestellt	2
EU-Kommission: Überarbeitung der Vorschriften für Spielzeugsicherheit	2
EU-Kommission: Komitee für Dialog über sozialen Sektor	2
EU-Kommission: Gedenktag für die Opfer der Klimakrise.....	3
EWSA: Stellungnahme für eine Europäische Strategie für ältere Menschen	3
Nachrichten aus den europäischen Staaten	3
Litauen: NAP zur Umsetzung der Kindergarantie veröffentlicht.....	3
Litauen: Alternde Gesellschaft und wenig Teilhabe Älterer	3
Rumänien: Pflegeeinrichtungen unter Kritik	4
Großbritannien: Keine Ausnahme für Kinder im neuen Einwanderungsgesetz	4
Belgien: Rentenreform beschlossen	4
Belgien: Verletzung der EMRK bei Aufnahme Geflüchteter	5
Norwegen: Bericht zum deutlichen Rückgang der Geburtenrate	5
Österreich: Ausschuss behandelt Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes	5
Frankreich: Tarifschutz für Energiepreise läuft schrittweise aus	6
Weitere Nachrichten	6
Eurochild: Beurteilung des Frühjahrspakets im Rahmen des Europäischen Semesters.....	6
Eurochild: Grooming besser bekämpfen	6
Child Global & The Brave Movement: Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch abschaffen	7
WHO: Gesetzliche Regulierung von Lebensmittelwerbung zum Schutz von Kindern notwendig	7
UN: Internationaler Tag der Pflege und Unterstützung	7
Berichte und Studien	8
UNECE: Bericht zu älteren Menschen in vulnerablen Situationen	8
EU-Kommission: Bericht über Zugang zu Leistungen der Grundversorgung	8
Bevorstehende Veranstaltungen	8

Nachrichten aus den EU-Institutionen

Rat der EU: Spanischer Vorsitz

Spanien hat den Vorsitz im Rat der EU übernommen. Im Rahmen der Trio-Ratspräsidentschaft von Belgien, Spanien und Ungarn umfasst das gemeinsame Programm der drei Staaten die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der EU, die Förderung des digitalen und grünen Wandels und die sozial gerechte Gestaltung dieser Prozesse. Außerdem soll die internationale Kooperation gestärkt werden. Spaniens Prioritäten im Bereich Sozialpolitik sind der soziale Dialog und eine sozial gerechte Wirtschaft, die Stärkung der sozialen Sicherung für Europäer:innen sowie die Ausweitung und Information über soziale Rechte. Dazu sind Expert:innentreffen z.B. zur Europäischen Säule sozialer Rechte und der neuen aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, zur sozialen Sicherung für Selbstständige und zur Zukunft Europas angesichts alternder Gesellschaften geplant. Um die Europäische Pflegestrategie voranzubringen, plant die spanische Ratspräsidentschaft für Oktober eine Konferenz zum Recht auf Pflege. Ihr erklärtes Ziel ist es, für die Pflegestrategie eine Ratsempfehlung zu erreichen.

- [Website der spanischen Ratspräsidentschaft](#) 

EU-Kommission: Koordinator:innen für die Langzeitpflege nehmen ihre Arbeit auf

Die neu bestimmten Koordinator:innen für Langzeitpflege der Mitgliedstaaten haben sich bei einem ersten Treffen über die derzeitige Gestaltung der Langzeitpflege in den EU-Staaten, die Prioritäten ihrer Strategien und Good Practices ausgetauscht. In der Ratsempfehlung zu erschwinglicher hochwertiger Pflege hatte die EU festgelegt, dass alle Mitgliedstaaten eine:n Koordinator:in bestimmen sollten, um die Empfehlung auf der nationalen Ebene umzusetzen. Bei ihrem Treffen in Brüssel berichteten die Koordinator:innen über aktuelle Reformprojekte, z.B. zur Gestaltung integrierter Pflegeangebote, zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Pflegesektor, zu Deinstitutionalisierungsprozessen und zu Qualitätsstandards in Einrichtungen der Langzeitpflege. Typische Herausforderungen sind dabei die Entwicklung aussagekräftiger Evaluationen, die Zusammenarbeit von Gesundheits- und Pflegesektor und die Koordination zwischen den politischen Ebenen.

- [EU-Kommission: Informationen zur Langzeitpflege](#)

EU-Kommission & WHO: Partnerschaft für bessere Langzeitpflege

Die EU-Kommission und WHO wollen in Partnerschaft gemeinsam die Mitgliedstaaten bei der Umsetzung besserer Bedingungen in der Langzeitpflege unterstützen. Die Verfügbarkeit und Qualität von Angeboten im Bereich der Langzeitpflege sollen gesteigert werden. Dabei wird auch ein Augenmerk auf die Rolle informeller Pflegearrangements gelegt: Pflegende in diesem Zusammenhang sollen ebenso besser unterstützt werden wie Einrichtungen und professionelle Pflegekräfte. Konkrete Ziele der Partnerschaft sind aktuell, die Entwicklung und der Einsatz eines Tools zur Selbstbewertung durch Pflegende, durch das die Systeme der Langzeitpflege vergleichend analysiert werden können. Außerdem ist ein Online-Kurs für informelle Pflegende geplant, der kostenlos Informationen und Kenntnisse vermitteln soll, die für eine hochwertige Pflege notwendig sind.

EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu integrierten Systemen im Kinderschutz

Die EU-Kommission hat eine öffentliche Konsultation zu ihrer geplanten Initiative zur Entwicklung und Stärkung integrierter Kinderschutzsysteme in der EU gestartet. Durch die ganzheitliche Zusammenarbeit verschiedener

Behörden soll die Prävention von Missbrauch und Gewalt an Kindern gestärkt und so der Kinderschutz in der EU besser umgesetzt werden. Bestehende Instrumente der EU wie Rechtsvorschriften, Förderungsmöglichkeiten und politische Maßnahmen sollen daraufhin geprüft werden, wie sie zu dieser Integration der Kinderschutzsysteme beitragen können. Bis zum 20. Oktober können Expert:innen, Fachkräfte und alle interessierten Bürger:innen ihre Rückmeldungen zur geplanten Initiative abgeben.

- [EU-Kommission: Öffentliche Konsultation zu integrierten Kinderschutzsystemen](#)

EU-Kommission: „Accessible EU“ vorgestellt

Die Initiative „Accessible EU“ wurde im Rahmen der EU-Strategie für die Rechte von Menschen mit Behinderungen entwickelt und nun offiziell angekündigt. Das geplante „Accessible EU Center“ wird an der Zugänglichkeit von Lebensräumen, Transportmöglichkeiten, Informationen und Kommunikationstechnologien arbeiten. Es ist als Zentrale für die Umsetzung der EU-Gesetzgebung für Menschen mit Behinderungen gedacht, in der alle Aktivitäten zusammenlaufen. Das Zentrum wird eine Online-Bibliothek mit Informationen, Good Practices und Unterstützungsressourcen für Zugänglichkeit einrichten. Außerdem wird es eine Networking-Plattform für Interessenvertreter:innen und Expert:innen und die Aus- und Weiterbildung zu Themen rund um die Inklusion bieten. „Accessible EU“ wird zudem die Implementierung von Gesetzen evaluieren sowie Studien zur Inklusion und Kampagnen zur Einbindung der Öffentlichkeit durchführen. Interessierte können sich bereits jetzt für die Community rund um „Accessible“ EU registrieren.

- [Registrierung für die "Accessible EU Community of practice" !\[\]\(511a36c244659513b679df9c639945de_img.jpg\)](#)

EU-Kommission: Überarbeitung der Vorschriften für Spielzeugsicherheit

Die EU-Kommission hat einen Vorschlag für die Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Spielzeugsicherheit vorgelegt. Aktualisiert werden sollten demnach der Schutz vor schädlichen Chemikalien, sodass er mehr giftige Stoffe abdeckt als bisher festgeschrieben. Außerdem solle die Durchsetzung der bestehenden Sicherheitsrichtlinien verbessert werden. Die Kommission schlägt vor, einen digitalen Produktpass einzuführen, der darüber informieren soll, ob ein Produkt mit allen geltenden EU-Richtlinien konform ist. Dieser könnte an den Grenzen innerhalb der EU und den Außengrenzen geprüft werden und damit auch die Sicherheit online vertriebener Spielzeuge garantieren. Eine Evaluierung der aktuell gültigen Richtlinie über die Sicherheit von Spielzeug hatte gezeigt, dass schädliche Chemikalien und die Umsetzung im Bereich des Online-Handels die beiden hauptsächlichen Schwachstellen der Vorschriften sind.

- [EU-Kommission: Vorschlag für eine Verordnung über die Sicherheit von Spielzeug !\[\]\(e492b5d52ab457a7a3c2826c4091dfee_img.jpg\) !\[\]\(1d9440fab1f214291ce1c26a75f9c2cd_img.jpg\)](#)

EU-Kommission: Komitee für Dialog über sozialen Sektor

Die EU-Kommission hat beschlossen, ein Komitee für den Dialog der Sozialpartner im Sektor der sozialen Dienste einzurichten. Dieser Schritt ist Bestandteil der Initiative zur Stärkung und Förderung des sozialen Dialogs und soll u.a. dazu beitragen, die EU-Pflegestrategie erfolgreich umzusetzen. Das Komitee aus Arbeitgebervertreter:innen und Gewerkschaften soll Standpunkte und Empfehlungen zur Gestaltung der politischen Bereiche erarbeiten, die für die Arbeit im sozialen Sektor relevant sind, vor allem in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik. Dieser Austausch soll dazu beitragen, gemeinsame Interessen der Sozialpartner zu identifizieren, Kompromisse zu finden und Initiativen zu starten, die dem Sektor zugutekommen.

EU-Kommission: Gedenktag für die Opfer der Klimakrise

Die EU-Kommission hat den 15. Juli zum europaweiten Gedenktag für die Opfer der globalen Klimakrise erklärt. Die Temperaturen in Europa stiegen bisher doppelt so schnell an wie im weltweiten Durchschnitt. Extremwetterereignisse wie Hitze, Waldbrände, Sturm und Starkregen häuften sich. Am 14. und 15. Juli 2021 forderte die Flutkatastrophe in Deutschland, Belgien und den Niederlanden mindestens 212 Menschenleben. Der Gedenktag soll dazu aufrufen, sich mit dem Klimawandel und seinen Folgen auseinanderzusetzen: Dies betreffe nicht nur seine Eindämmung, sondern auch die Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen. Die EU arbeite stetig an der Verbesserung der Infrastruktur, von Gebäuden und beim Katastrophenschutz.

EWSA: Stellungnahme für eine Europäische Strategie für ältere Menschen

Auf Ersuchen des spanischen Vorsitzes im Rat der EU hat der Europäische Wirtschafts- und Sozialausschuss (EWSA) eine Stellungnahme über eine mögliche europäische Strategie für ältere Menschen erarbeitet. Der Ausschuss vertritt die Position, dass die demografischen Herausforderungen der Zukunft es erfordern, ein politisches Rahmenkonzept für die EU in Form einer Strategie für ältere Menschen zu entwickeln. Sie solle die Rechte und die Teilhabe Älterer absichern und ihre Bildung, Beschäftigung und soziale Inklusion verbessern. In Anbetracht der demografischen Entwicklungen sei ein Paradigmenwechsel in der Politik für ältere Menschen geboten: Sie müssten bestärkt werden, sich aktiv am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Dazu sei es notwendig, diskriminierende Haltungen gegenüber Älteren zu überwinden. Die Strategie für ältere Menschen müsse wie die Kinderrechtsbestrebungen der EU in einer Garantie abgesichert werden, mit der die Verpflichtung für Mitgliedstaaten einhergeht, die Implementierung in Nationalen Aktionsplänen festzuschreiben und umzusetzen.

- [EWSA: Stellungnahme für eine Europäische Strategie für ältere Menschen](#) 

Nachrichten aus den europäischen Staaten

Litauen: NAP zur Umsetzung der Kindergarantie veröffentlicht

Litauen hat seinen Nationalen Aktionsplan (NAP) zur Implementierung der EU-Kindergarantie veröffentlicht. Im Bereich der frühkindlichen Betreuung und Bildung soll die Teilhabe von Familien mit Risikofaktoren priorisiert werden. Für die Schulbildung sind Unterstützungsleistungen für Schulmaterialien geplant. Die Gesundheit von Kindern soll mit speziellen Leistungen für Kinder mit Behinderungen, der Förderung mentaler Gesundheit, Resilienz und gesunder Lebensführung und der Versorgung mit Impfstoffen verbessert werden. Litauen plant außerdem, den Zugang zu Sozialwohnungen zu verbessern und Subventionen für Bauen und Wohnen zu erhöhen. Es sollen mehr Wohnumfelder entstehen, die für Kinder mit Behinderungen geeignet sind. Leistungen für Pflegekinder sollen erhöht und passgenauer differenziert und Angebote für Pflegefamilien ausgebaut werden. Eurochild hat ein Factsheet erstellt, auf dem die zentralen Ziele des litauischen NAP zusammengefasst sind.

- [EU-Kommission: Nationale Aktionspläne der Mitgliedstaaten](#)
- [Eurochild: Übersicht zu Litauens NAP für die EU-Kindergarantie](#)  

Litauen: Alternde Gesellschaft und wenig Teilhabe Älterer

Die Überalterung der Gesellschaft vollzieht sich in Litauen schneller als in anderen europäischen Ländern. In Zusammenarbeit mit und finanziert durch den Unterstützungsdienst für Strukturreformen der EU-Kommission, hat

die OECD deshalb in einem Forschungsprojekt die Herausforderungen durch den demografischen Wandel in Litauen erforscht. Im nun veröffentlichten Bericht zum Projekt wird dargestellt, dass die Zahl der arbeitsfähigen Menschen in Litauen rapide sinkt. Daher sei es notwendig, die Arbeitszeit im Leben der Litauer:innen zu verlängern. Dazu müsse lebenslanges Lernen in Litauen umgesetzt und Arbeitsbedingungen und Gesundheit am Arbeitsplatz verbessert werden. Um die soziale Teilhabe älterer Menschen zu fördern, müsse vor allem ihre Gesundheit erhalten werden: Im Vergleich der OECD-Staaten ist der Gesundheitszustand älterer Menschen in Litauen schlecht und die Nutzung verfügbarer Gesundheitsangebote gering. 50 Prozent der Menschen im Alter von über 65 Jahren haben einen Bedarf an langfristiger Pflege, der nicht gedeckt wird. Das Problem der Nicht-Inanspruchnahme betrifft nicht nur den Bereich Gesundheit, sondern öffentliche Angebote insgesamt. Der Bericht schlägt vor, die verschiedenen Angebote zur Teilhabe an einem Ort zu bündeln, sodass ältere Menschen alle ihre Anliegen mit einer Ansprechperson bearbeiten können. Grundlegende Voraussetzungen für eine umfassende gesellschaftliche Teilhabe Älterer seien höhere Renten und ein besserer öffentlicher Nahverkehr.

- [OECD: Promoting Active Ageing in Lithuania. Policy Challenges and Solutions](#) 

Rumänien: Pflegeeinrichtungen unter Kritik

In Rumänien führte die Situation in Pflegeeinrichtungen für Ältere und Menschen mit Behinderungen zu Rücktritten der Familienministerin und des Arbeitsministers. Anlass war eine Inspektion, in der drei Seniorenheime gefunden worden waren, die illegal betrieben wurden. Die Bewohner:innen seien dort misshandelt worden, 98 mussten in Krankenhäusern behandelt werden. Sie seien nicht mit Medikamenten versorgt und nur sehr unzureichend ernährt worden. Die Betreiber:innen hätten die Heime teils aus staatlichen Subventionen, teils durch Ausbeutung der Bewohner:innen finanziert. Alleinlebende seien gedrängt worden, ihre Häuser zu verkaufen und in die Einrichtungen zu ziehen. Der Gewinn aus den Verkäufen sei einbehalten worden. Das Personal hätte unbezahlte Zwangsarbeit verrichten müssen. Neben diesen Fällen extremer Misshandlung sind dutzende weitere Pflegeeinrichtungen wegen menschenunwürdiger Zustände geschlossen worden.

Großbritannien: Keine Ausnahme für Kinder im neuen Einwanderungsgesetz

Das britische Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, das die irreguläre Migration nach Großbritannien bekämpfen soll. Mit dem neuen Gesetz werden alle Schutzsuchenden vom Recht auf ein Asylverfahren ausgenommen, die über einen Staat eingereist sind, in dem sie nicht von Krieg oder politischer Verfolgung bedroht sind. Dies betrifft einen Großteil der Geflüchteten, da die Einreise mit Booten über den Ärmelkanal der gängige Weg ist, nach Großbritannien zu gelangen. Das neue Gesetz verpflichtet das Innenministerium, irregulär Eingereiste aus Großbritannien abzuschicken. Bis zu ihrer Ausreise sollen sie unter haftähnlichen Bedingungen festgehalten werden. Diese Regelung soll auch für Kinder gelten, die unbegleitet oder mit ihren Familien eingereist sind. Auch für weitere vulnerable Gruppen wie Schwangere, Menschen mit Behinderungen und Betroffene von Menschenhandel sind keine Ausnahmen vorgesehen.

Belgien: Rentenreform beschlossen

Die belgische Regierung hat sich über die Reform des Rentensystems geeinigt. Künftig sollen ältere Menschen stärker in die Erwerbstätigkeit eingebunden werden. Außerdem soll das Rentensystem finanziell tragfähiger gestaltet werden, indem dem prognostizierten Anstieg der Rentenausgaben entgegengewirkt wird. Dies soll vor allem durch einen neuen Rentenbonus erwirkt werden, der einen späteren Renteneintritt mit einer Einmalzahlung von bis zu 22.645 Euro oder monatlichen Zuschlägen auf die Rente belohnt. Die Mindestrente wird seit dem Jahr

2020 schrittweise angehoben und beträgt aktuell für Alleinstehende 1.549 Euro und für Paare 2.045 Euro. Die letzte geplante Erhöhung im kommenden Jahr soll auf 1.622 Euro begrenzt werden. Der Zugang von Frauen zur Mindestrente wird verbessert, indem Mutterschafts-, Erziehungs- und Pflegezeiten als Anwartschaftszeiten gewertet werden. Um das Rentensystem finanziell zu entlasten, sollen die Beamtenpensionen in Zukunft weniger stark angehoben und extrem hohe Zusatzrenten (ab 30.000 Euro im Monat – betrifft ca. 2.000 Personen) höher besteuert werden.

Belgien: Verletzung der EMRK bei Aufnahme Geflüchteter

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat entschieden, dass Belgien mit seiner Behandlung Geflüchteter regelmäßig Artikel Sechs der Europäischen Menschenrechtskonvention verletzt, der jeder Person das Recht auf ein faires Verfahren garantiert. Geklagt hatte ein guineischer Staatsbürger, dem nach seiner Ankunft in Belgien keine Unterkunft, materielle und medizinische Grundversorgung gewährleistet worden war. Nachdem er beim zuständigen belgischen Gericht geklagt und Recht bekommen hatte, wurden ihm diese Leistungen weiter verwehrt. Erst nach seiner Klage beim EGMR wurde im Oktober 2022 eine Übergangsmaßnahme angeordnet, durch die er mit Wohnraum und Gütern des Grundbedarfs versorgt wurde. Er war im Juli 2022 eingereist und lebte bis November 2022 wohnungslos und ohne staatliche Unterstützung in Belgien. Der EGMR sieht im Vorgehen der belgischen Asylbehörde keinen Einzelfall, sondern urteilte, dass die belgischen Verfahren zur Aufnahme Geflüchteter das Recht auf ein faires Verfahren nicht schützen. Die Urteile zum Schutz Asylsuchender würden durch die zuständige Behörde regelmäßig nicht umgesetzt.

- [EGMR: Urteil gegen Belgien](#)  

Norwegen: Bericht zum deutlichen Rückgang der Geburtenrate

Seit dem Jahr 2009 sinkt die Geburtenrate in Norwegen kontinuierlich, nachdem sie jahrzehntelang deutlich über dem OECD-Durchschnitt gelegen hatte. In einem aktuellen Bericht dazu widmet sich die OECD in verschiedenen Beiträgen dem demografischen Wandel in Norwegen, der Familiengründung, Familienpolitik, Work-Family-Balance und den Einstellungen zur Familiengründung. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass die ökonomische Situation, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und familienpolitische Rahmenbedingungen insgesamt eine untergeordnete Rolle spielen. Im Vergleich zum OECD-Durchschnitt nahmen Väter in Norwegen häufig und lange Elternzeit, besuchten Kinder zu großen Teilen Kitas und arbeiteten Frauen nur geringfügig häufiger in Teilzeit als Männer. Die Gender-Employment-Gap ist eine der geringsten unter allen OECD-Staaten. Der Rückgang der Geburtenrate wird auf einen kulturellen Wandel zurückgeführt, durch den die Familiengründung neben anderen Lebenszielen wie Bildung und Karriere an Bedeutung verloren habe.

- [OECD: Exploring Norway's Fertility, Work, and Family Policy Trends](#)  

Österreich: Ausschuss behandelt Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes

Der Petitionsausschuss des österreichischen Parlaments hat sich mit einer Bürgerinitiative beschäftigt, die eine Überarbeitung des Fortpflanzungsmedizingesetzes fordert. Die Reform solle das „Social Egg Freezing“ legalisieren und alleinstehenden Frauen ab dem Alter von 34 Jahren Zugang zur künstlichen Befruchtung ermöglichen. Die Kosten für In-Vitro-Fertilisation (IVF) sollten nach dem Vorschlag der Initiative für Frauen bis zum Alter von 42 Jahren übernommen werden. Außerdem sollten die Vorsorgeuntersuchungen bei Frauen ab 25 Jahren einen Test der Fruchtbarkeit enthalten und die Aufklärung der Öffentlichkeit über Möglichkeiten zur Verwirklichung eines

Kinderwunsches verstärkt werden. Die Initiator:innen begründen ihre Forderungen damit, dass sie die Gleichberechtigung Alleinstehender voranbringen und zu einer Zukunft in Wohlstand beitragen würden. Der Ausschuss wird dazu nun eine Stellungnahme des Ministeriums für Frauen, Familie, Integration und Migration, vom Gesundheitsministerium, der Österreichischen IVF-Gesellschaft und der Bioethikkommission einholen.

- [Bürgerinitiative: "Zukunft Kinder! - für eine selbstbestimmte Familienplanung"](#) 

Frankreich: Tarifschutz für Energiepreise läuft schrittweise aus

Der sogenannte Tarifschutz zur Deckelung der Energiepreise für Privathaushalte in Frankreich wird schrittweise zurückgefahren. Verbraucher:innen in Frankreich müssen dadurch ab August mit einem Anstieg der Energiepreise von 10 Prozent rechnen, nachdem sich die Preise bereits im Februar um 15 Prozent erhöht hatten. Der Tarifschutz soll bis Ende 2024 bestehen bleiben, die Regulierung der Stromtarife kann jedoch zweimal jährlich von der Regierung überprüft und angepasst werden. Derzeit deckt der Tarifschutz 43 Prozent der Stromkosten französischer Haushalte ab, ab dem 1. August werden es nur noch 37 Prozent sein. Die Regierung schätzt, dass der Schutzschirm seit seiner Einführung im Jahr 2021 über 110 Milliarden Euro gekostet hat. Die Opposition schlägt vor, die Tarife nicht wie geplant einheitlich, sondern gestaffelt nach den Haushaltseinkommen zu erhöhen.

Weitere Nachrichten

Eurochild: Beurteilung des Frühjahrspakets im Rahmen des Europäischen Semesters

Eurochild hat eine Beurteilung des Frühjahrspakets im Europäischen Semester veröffentlicht, in der die länderspezifischen Empfehlungen daraufhin bewertet werden, inwiefern sie die Situation von Kindern einbeziehen. Insgesamt kommt Eurochild zu dem Ergebnis, dass das Frühjahrspaket die Bedürfnisse von Kindern, insbesondere die Bekämpfung von Kinderarmut in der EU, nicht ausreichend priorisiert. Die Kommission wird aufgerufen, das Europäische Semester als ein Instrument zu nutzen, um die Implementierung der EU-Kindergarantie voranzubringen. Die länderspezifischen Empfehlungen für alle EU-Mitgliedstaaten enthielten zwar Verweise auf die sozial gerechte Gestaltung des Grünen Übergangs, Bildungsgerechtigkeit oder Armut im Allgemeinen. Jedoch nur neun der Empfehlungen enthielten konkrete Ziele für Kinderbetreuung, gegen Kinderarmut oder für frühkindliche Betreuung. Eurochild ruft die Mitgliedstaaten auf, im Rahmen der EU-Kindergarantie und darüber hinaus Kinderarmut zu bekämpfen, die Infrastruktur für Betreuung und Bildung auszubauen, die Integration geflüchteter und eingewanderter Kinder zu verbessern, sich auf mentale Gesundheit und das Wohlbefinden von Kindern zu fokussieren, die Deinstitutionalisierung voranzubringen und Kinder partizipieren zu lassen.

- [Eurochild: Policy Paper zum Frühjahrspaket des Europäischen Semesters 2023](#)  

Eurochild: Grooming besser bekämpfen

Eurochild verweist erneut auf seine Position, dass die geplante EU-Richtlinie zur Prävention und Bekämpfung von sexuellem Missbrauch, die Möglichkeit zum Aufdecken von Grooming im Netz enthalten muss. Als Grooming wird die Kontaktaufnahme von Täter:innen bezeichnet, mit dem Ziel, Kinder sexuell zu missbrauchen. Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des EU-Parlaments hatte eine Überarbeitung seiner Stellungnahme zur geplanten Richtlinie veröffentlicht, nach der Grooming nicht von der neuen Gesetzgebung erfasst werden würde. Eurochild argumentiert, dass die Ermittlung von Grooming-Aktivitäten im Netz notwendig sei, damit

Missbrauchstaten gar nicht erst geschehen können. In einer aktuellen Eurobarometer-Umfrage zum Kinderschutz im Netz gaben 96 Prozent der EU-Bürger:innen an, dass der Schutz von Kindern im Netz vor Missbrauch genauso wichtig sei wie das Recht auf Privatsphäre.

- [Eurochild: "Grooming" als Bestandteil der geplanten EU-Richtlinie gegen sexuellen Missbrauch](#) 
- [Eurobarometer: Umfrage zum Schutz von Kindern vor sexuellen Missbrauch im Netz](#) 

Child Global & The Brave Movement: Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch abschaffen

Die Organisationen Child Global und The Brave Movement haben einen Bericht herausgegeben, der für die Abschaffung der Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch an Kindern argumentiert. In dem Bericht wird darauf hingewiesen, dass eins von fünf Kindern in der EU im Lauf seines Lebens sexuelle Gewalt erleben wird. Dies entspräche 16 Millionen Kindern, die ihr Leben lang mit Traumatisierung und Stigmatisierung zu kämpfen hätten. Die Verfasser:innen fordern, das Übereinkommen des Europarats zum Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention) so zu überarbeiten, dass Verjährungsfristen für solche Taten in den Mitgliedstaaten des Europarates einheitlich abgeschafft werden. Im Bericht wird ein Ländervergleich zwischen Dänemark, Belgien, Frankreich, Spanien, Portugal und Luxemburg vorgenommen, um zu zeigen, dass die Abschaffung von Verjährungsfristen bei sexuellem Missbrauch an Kindern nicht nur für Betroffene wichtig sei, sondern auch zur Prävention künftiger Taten beitragen könne.

- [Justice Unleashed. Ending Limitations, Protecting Children](#)  

WHO: Gesetzliche Regulierung von Lebensmittelwerbung zum Schutz von Kindern notwendig

Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization, WHO) empfiehlt in einer aktuell publizierten Richtlinie, Lebensmittelwerbung rechtlich zu regulieren, um den negativen Einfluss von Marketing auf die Ernährung von Kindern zu verringern. In der Richtlinie werden aktuelle Untersuchungen zusammengetragen, die zeigen sollen, dass Selbstverpflichtungen der Lebensmittelindustrie nicht wirksam seien. Notwendig sei die rechtliche Beschränkung aller Werbeformate für ungesunde Lebensmittel, mit denen Kinder konfrontiert werden. Dies umfasse Lebensmittel mit einem zu hohen Gehalt an Zucker, Salz und Transfetten. Werbung für solche Lebensmittelprodukte sollten nicht nur in Fernsehsendungen für Kinder verboten werden, sondern auch im (digitalen) öffentlichen Raum. Die WHO beruft sich mit ihrer Empfehlung auf die UN-Konvention für die Rechte des Kindes und weist darauf hin, dass die Rechte auf Gesundheit und eine angemessene, nährstoffreiche Ernährung dort festgeschrieben sind. Um dieses Grundrecht umzusetzen, sei die Beschränkung von Werbung für ungesunde Lebensmittel jedoch nicht die einzige Maßnahme. Sie müsse in politische Strategien eingebunden werden, die die Versorgung von Kindern mit gesunden Lebensmitteln fördern.

- [WHO guideline: Policies to protect children from the harmful impact of food marketing](#)  

UN: Internationaler Tag der Pflege und Unterstützung

Die Vereinten Nationen haben den 29. Oktober zum Internationalen Tag der Pflege und Unterstützung bestimmt. Mit ihm sollen die Regierungen dazu aufgerufen werden, ein leistungsfähiges und inklusives Pflegesystem zu errichten. Dies umfasse die Anerkennung unbezahlter Care-Arbeit und ihre Verringerung bzw. Umverteilung, Investitionen in mehr und bessere Jobs im Pflegesektor und einen funktionierenden Dialog der Sozialpartner im Pflegesektor. Ein gut reguliertes Pflegesystem stelle den Zugang aller Menschen zu hochwertiger Pflege sicher, biete sichere Arbeitsbedingungen für alle Pflegenden und ermögliche Frauen die Möglichkeit, am Erwerbsleben

teilzunehmen. Notwendig für eine gerechte Verteilung der Care-Verantwortung seien außerdem das Recht auf Freistellung zur Pflege Angehöriger und familienfreundliche Arbeitsbedingungen.

- [UN: Entschließungsentwurf für den Internationalen Tag der Pflege und Unterstützung](#)  

Berichte und Studien

UNECE: Bericht zu älteren Menschen in vulnerablen Situationen

In dem Bericht der UN-Wirtschaftskommission für Europa (United Nations Economic Commission for Europe, UNECE) werden verschiedene Formen der besonderen Vulnerabilität älterer Menschen dargestellt und politische Empfehlungen abgegeben, wie ihre Rechte geschützt werden können. Der Bericht weist darauf hin, dass politische Maßnahmen ganzheitlich geplant werden müssen, da sich verschiedene Dimensionen der Vulnerabilität sich überlagern können (z.B. Geschlecht, ethnische Zugehörigkeit, sozioökonomischer Status, Gesundheit). Dabei müsse beachtet werden, dass Vulnerabilität keine feste Eigenschaft von Personen sei, sondern sich im Zeitverlauf in Interaktion mit gesellschaftlichen und politischen Kontexten entwickelt. Empfohlen wird, angemessenes Einkommen und ausreichenden Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Gesundheitsleistungen und Pflegeangebote müssten zugänglich gemacht und auf verschiedene Bedürfnisse und Lebenssituationen abgestimmt werden. Um die Rechte Älterer zu stärken, müssten außerdem Angebote zur Gewaltprävention und Teilhabe ausgebaut werden.

- [UNECE: Older Persons in Vulnerable Situations](#)  

EU-Kommission: Bericht über Zugang zu Leistungen der Grundversorgung

Ein aktueller Bericht der EU-Kommission zeigt, dass Menschen in der EU, die von Armut oder sozialer Exklusion betroffen sind, nicht umfassend Zugang zu Leistungen der Grundversorgung haben. Besonders benachteiligte Gruppen seien überdurchschnittlich betroffen. Im EU-Durchschnitt hätten 5 Prozent der Armutsbetroffenen keinen Zugang zu sauberem Wasser und sanitären Einrichtungen. Knapp 10 Prozent der Menschen in der EU hätten Probleme, ihre Wohnungen ausreichend zu heizen, wobei der Anteil bei den von Armut betroffenen Menschen 20 Prozent sei. Über sieben Prozent der Armen in Europa könne sich keinen Zugang zum Internet leisten. Den öffentlichen Nahverkehr können knapp 6 Prozent der Armutsbetroffenen in Europa nicht nutzen. Neben den Kosten seien mangelnde Kenntnisse und Fähigkeiten und fehlende Infrastruktur typische Barrieren. Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass neben ausreichendem Mindesteinkommen auch die Zugänglichkeit von Angeboten der Grundversorgung verbessert werden müsse.

- [EU-Kommission: Access to Essential Services Report 2023](#)  

Bevorstehende Veranstaltungen

5.-6. Aug. 2023 Sankt Augustin	AccessibleEU Germany - Digital Accessibility	EU-Kommission (AccessibleEU)
29. Aug. 2023 Paris & online	AccessibleEU European event - Building inclusion at University	EU-Kommission (AccessibleEU) & AAATE

19.-20. Sep. 2023 Warschau, Polen	International Annual Conference on Energy Poverty	Europäische Kommission
21. Sep. 2023 Madrid, Spanien	EU Transport Equality Day	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
21.-22. Sep. 2023 Malaga, Spanien	Conference on "Combating the sexual exploitation of children through the use of new technologies".	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
26.-27. Sep. 2023 Toledo, Spanien	Conference on health and safety at work	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
28. Sep. 2023 Zaragoza, Spanien	Conference on guaranteeing sexual and reproductive rights in Europe	Spanische EU-Ratspräsidentschaft
17. Okt. 2023 Madrid, Spanien	Leaving nobody behind: Making social rights available to all families	Coface Families Europe
25. Okt. 2023 Berlin	Europäisches Fachgespräch zum Thema "Care Strategy"	AGF
13.-14. Nov 2023 San Sebastian, Spanien	European conference on Social Economy	Spanische EU-Ratspräsidentschaft

Die **Arbeitsgemeinschaft der deutschen Familienorganisationen (AGF) e.V.** ist der Zusammenschluss von: Deutscher Familienverband (DFV), evangelische arbeitsgemeinschaft familie (eaf), Familienbund der Katholiken (FDK), Verband alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV), Verband binationaler Familien und Partnerschaften (iaf), Zukunftsforum Familie (ZFF).

Die Familienverbände setzen sich mit ihren jeweiligen Schwerpunkten für die Interessen und Rechte von Familien ein. Die AGF formuliert die gemeinsamen Anliegen ihrer Mitgliedsverbände und ist mit ihren Tätigkeiten eine aktive Partnerin in Politik und Gesellschaft. Sie leistet politische Lobbyarbeit für die Belange der Familien und fördert auf nationaler und internationaler Ebene den Dialog und die Kooperation zwischen den familienpolitischen Organisationen und den Verantwortlichen für Familienpolitik. Ihr Ziel ist die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland und Europa. Die AGF ist Mitglied der COFACE (Confederation of Family Organisations in the European Union) und in der International Commission on Couple and Family Relations (ICCFR) aktiv.



AGF e.V. · Karl-Heinrich-Ulrichs-Str. 14, 10785 Berlin ·
Tel.: + 49 (0) 30 2902825-78
E-Mail: europa@ag-familie.de · Web: <http://ag-familie.de>
Redaktion: Olga Kedenburg, Sven Iversen (v.i.S.d.P.)

Die AGF wird gefördert vom

